

In Kürze

BERNER JURA

Chaignat folgt auf Leuzinger

Der Regierungsrat hat Daniel Chaignat zum Nachfolger von Yves Leuzinger in der Interjurassischen Versammlung (IJV) bestimmt. Chaignat wohnt in Tramelan und ist Mitglied der Grünen Partei. Er wurde 2006 auf der Liste der Alliance jurassienne, Parti Autonomiste von St-Imier, von der Bevölkerung des Wahlkreises Courtelary in den Bernjurassischen Rat gewählt. Gemäss einem Abkommen von 1994 bestimmen die Regierungen der Kantone Bern und Jura je zwölf Personen als Mitglieder der IJV. Mit der Wahl von Chaignat entspricht die Vertretung des Kantons Bern in der IJV der Zusammensetzung der Delegation des Berner Juras im Grossen Rat. *mgt*

PRO INFIRMIS

Geissmann ist neuer Präsident

Urs Geissmann, früherer Direktor des Schweizerischen Städteverbandes, ist neuer Präsident von Pro Infirmis Kanton Bern. Geissmann ersetzt Pascal Floteron, der zurückgetreten ist. *mgt*

BILDUNG

Diplomkurse von Sawi und Feusi

Ab Frühjahr 2009 bieten die Bildungszentren Sawi und Feusi vier Lehrgänge gemeinsam an. Das Ausbildungszentrum für Marketing, Werbung und Kommunikation Sawi und das Bildungszentrum Feusi AG führen die Lehrgänge Markom (Grundkurs Marketing und Kommunikation zur Vorbereitung auf die Zulassungsprüfung für die eidg. Fachausweis), Marketingfachleute, Verkaufsfachleute und Verkaufsleiter ab Februar 2009 gemeinsam im neuen Feusi-Bildungszentrum in Bern-Wankdorf durch. *bzk*

BEITRAG

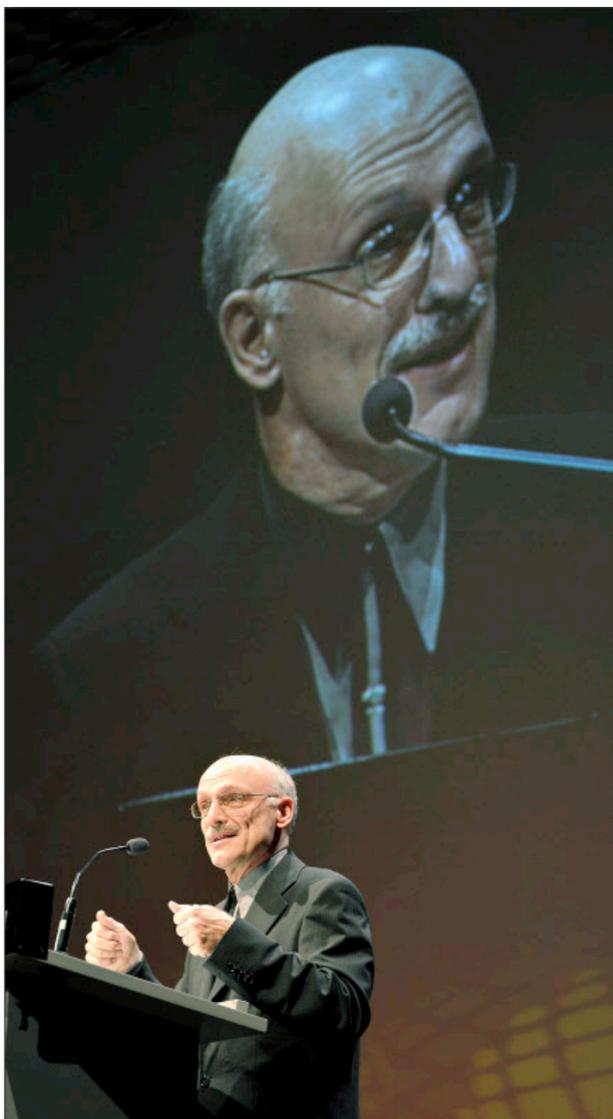
165 000 Franken für Archiv

An die Stiftung des Archivs des ehemaligen Fürstbistums Basel hat der Regierungsrat für 2009 einen Beitrag von 165 000 Franken gesprochen. Die Stiftung widmet sich der Erhaltung der historischen Archivbestände des Fürstbistums und fördert deren wissenschaftliche Auswertung. *bzk*

EINIGUNG

2 Äschen pro Fischer

Die bernischen Fischer und die kantonale Fischereiverwaltung haben sich geeinigt, wie viele Äschen ab 2011 gefangen werden dürfen. Dann läuft das seit 2008 für die Aare zwischen Interlaken und der Saanemündung geltende Fangverbot ab. Die Eckpunkte der neuen Fangvorschriften sind gemäss Fischereiverband: Fangmindestmass 36 cm; 2 Äschen pro Fischer und Tag, maximal 20 Äschen pro Fischer und Jahr. Der Thunersee ist ein Schongebiet für Äschen. Die seit dem Moratorium geltende Bestandeskontrolle soll, so die Fischer, weitergeführt werden. *UE*



Publizist Beat Kappeler versuchte gestern durch provokante Thesen, Vorteile einer starken Migrationspolitik darzulegen. *Susanne Keller*

HR-FORUM IN BERN

Bildung besser fördern

Die Bildung an den Arbeitsmarkt anpassen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dies war die zentrale Forderung des HR-Forums in Bern. Wiederum lag die Krux in der Uneinigkeit zwischen Wirtschaft und Politik.

Globalisierung ist gerade im Vorfeld des World Economic Forum in Davos in aller Munde. Positive Effekte des immer globaler werdenden Wirtschaftssystems sind trotz der Finanzkrise offenere Märkte und eine stärkere internationale Vernetzung. Der grassierende Arbeitskräftemangel im Fachbereich bleibt aber trotzdem latent. Diesem Problem widmete sich gestern das vierte HR-Forum der Wirtschaftsförderung Bern unter dem Motto: «Arbeitskräftemangel in einer globalisierten Welt: Utopie oder Realität?»

Rohstoff Bildung

Die Preise für verschiedene Rohstoffe steigen und werden bezahlt. Ein bestimmtes Gut wird jedoch finanziell immer knapper gehalten: die Bildung. Eine spezifischere Anpassung der Bildung an den Arbeitsmarkt war das Grundanliegen der gestrigen Themendiskussion. Wie im einflussreichen Gastreferat des Pub-

lizisten Beat Kappeler (siehe Kasten) legten die Teilnehmer der daran anschliessenden Podiumsdiskussion den Schwerpunkt auf mögliche Lösungen für den Fachkräftemangel.

Klar zum Vorschein trat, dass mögliche Änderungen im Bildungswesen bereits an der Uneinigkeit zwischen wirtschaftlichen und politischen Vertretern scheitern. Die unternehmerische Seite der Podiumsteilnehmer – vertreten durch Uwe E. Jocham, Direktionspräsident CSL Behring, und Markus Jordi, Leiter Personalabteilung der SBB – trat für eine marktorientierte Strategie ein. Ihrer Meinung nach liegt es in der Verantwortung der Unternehmer, gegen das Problem vorzugehen. Die politischen Vertreter Corrado Pardini, Grossrat im Kanton Bern, und Ursula Wyss, Nationalrätin, erachteten

dagegen ein Einschreiten der Politik als unumgänglich. Denn die letzten Jahre hätten gezeigt, dass Unternehmen immer weniger bereit seien, Lehrlinge auszubilden – geschweige denn, sich an der universitären Weiterbildung zu beteiligen.

Attraktiver Standort

In der Bildung ist man sich nicht einig. Wo also die Fachkräfte herholen und noch wichtiger, wie sie behalten? Es zeigt sich in der Zukunft immer mehr, dass Fachkräfte nicht wegen des Geldes, sondern wegen des sozialen Umfelds an einem fremden Arbeitsort bleiben. Und dieses ist laut Uwe Jocham in Bern gegeben. Eine Möglichkeit, die gerade Bern in Zukunft noch mehr ausspielen sollte, um weltweit Arbeitskräfte zu rekrutieren.

STÉPHANIE FUCHS

BEAT KAPPELER

«Arbeit schafft Arbeit»

Arbeitslose erfüllen häufig nicht das Anforderungsprofil, das notwendig ist. Immigranten können diese Lücke füllen und ziehen weitere Beschäftigte im Land nach sich. So zumindest lautet die Begründung des Publizisten Beat Kappeler, weshalb die Öffnung des Arbeitsmarktes

auch in der Schweiz wichtig ist. Der gefürchtete Verdrängungswettbewerb zwischen in- und ausländischen Arbeitskräften ist seiner Meinung nach nicht gegeben. «Arbeit schafft Arbeit, alleine wegen den Kaufkraftkreisläufen», fügt Kappeler hinzu. **sf**

WEGEN PERSONENFREIZÜGIGKEIT

FDP-Chef kritisiert SVP scharf

FDP-Chef Johannes Matyassy distanziert sich von der SVP. Er strebt neue Allianzen an. Im Visier hat er die BDP und Parteilose.

«Wer nach wie vor den alten Zeiten einer bürgerlichen Allianz SVP/FDP nachtrauert, muss zur Kenntnis nehmen, dass das im Kanton Bern so nicht mehr möglich ist», sagte FDP-Kantonpräsident Johannes Matyassy gestern Abend an der Delegiertenversammlung in Langenthal. Das Auftauchen der BDP und der Grünliberalen habe die bisherige Lagerordnung durcheinandergebracht. «Wir müssen und können getrost definitiv Abschied nehmen von der alten

Lagerordnung, wo sich die FDP reflexartig in allen Situationen an der SVP orientierte.» Matyassy ging damit im Hinblick auf die kantonalen Wahlen 2010 zum wiederholten Mal auf Distanz zur Berner SVP. Mehr noch: Er kritisierte die Partei scharf.

SVP: «Wirtschaftsfeindlich»

Die Nein-Parole der SVP zur Verlängerung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit habe «klar» gezeigt, «dass auch die SVP Kanton Bern auf dem wirtschaftsfeindlichen Kurs der schweizerischen SVP ist», sagte Matyassy. Damit sei einmal mehr klar geworden, dass die FDP für die bernische Wirtschaft «der verlässliche Partner mit Sachverstand» sei.

Johannes Matyassy sprach sich deshalb dafür aus, dass die FDP offen sein müsse «für neue Wege, neue Allianzen». Er ist überzeugt, dass seine Partei das Potenzial hat, «die führende Kraft bei der Bildung und Anführung eines liberalen Pols zu sein».

Dabei hat der FDP-Chef insbesondere die BDP im Visier. Entsprechend warb er mit anerkennenden Worten um die junge Partei: Diese sei keine «Strohfeuererscheinung». Das gelte im Übrigen auch für die Grünliberalen. «Ich nehme die BDP als vollwertige und gleichwertige politische Kraft wahr, die für die FDP einerseits eine Verstärkung zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele bedeutet, andererseits aber

auch eine Konkurrenz ist», sagte Matyassy.

Die FDP sieht er im Übergang von der Konsolidierungs- in die Gewinnphase. Er strebt Gewinne von Wähleranteilen und Sitzen in Exekutiven, Legislativen und Kommissionen an. So will er bei den Grossratswahlen an Wähleranteil zulegen und zu den bisher 26 Mandaten mindestens einen Sitz hinzugewinnen. Zur Erreichung dieser Ziele sei eine intensive und solide Arbeit in den Sektionen und ein Antreten mit vollen Listen nötig, fuhr Matyassy fort. Für Letzteres sieht er Potenzial bei Sympathisanten und Parteilosen: Die FDP müsse aktiver um diese Personen werben, sonst fänden sie Unterschlupf bei anderen

Parteien oder parteiunabhängigen Gruppierungen.

«Fürchtet euch nicht»

Für die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit hatte die FDP bereits im September klar die Ja-Parole gefasst. Michael Reiterer, EU-Botschafter in Bern, zeigte sich gestern zuversichtlich, dass auch das Schweizer Volk Ja sagen wird – «mit 53,27 Prozent». «Fürchtet euch nicht», sagte Reiterer. Wenn die Schweiz Ja sage und dann all das Schlimme, das die Gegner voraussagten, eintreffen sollte, habe die Schweiz jederzeit die Möglichkeit, die Verträge mit einer Frist von sechs Monaten zu kündigen. Dasselbe Recht habe auch die EU. **DOMINIC RAMEL**

Im Dialog

Wenn Grossräte Gesetze erlassen, wissen sie stets, was für die Gesellschaft das Beste ist. Doch ob sich dies auch mit den Bedürfnissen der Jugend deckt, ist so sicher nicht. Am gestrigen 7. Berner Jugend-Grossrats-Tag nutzten Jugendliche die Gelegenheit, den Volksvertretern die Meinung zu sagen. Bethli Küng, SVP, (rechts) und Christine Häslar, SP, stellten sich der Kritik.



BILD ANDREAS BLATTER